

# Lübcke: Windkraft-Vorwürfe der FDP sind absurd

Peter Ketteritzsch [ket@hna.de](mailto:ket@hna.de) 17.08.15 18:20



Dr. Walter Lübcke

**Niestetal/Kassel. Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke hat den Vorwurf der FDP-Landtagsfraktion, er habe eine zu große Nähe zur Windkraft, nachdrücklich zurückgewiesen.**

**Aktualisiert um 18.15 Uhr**

Mit seinem Amtsantritt im Jahr 2009 habe er seine Tätigkeit als Geschäftsführer des von ihm gegründeten Windparks abgegeben, sagte Lübcke gegenüber der HNA. Es sei absurd, wenn man unterstelle, dass er und das Regierungspräsidium (RP) bei der Bewertung der Einwendungen zum Entwurf des Regionalplans Energie und bei Genehmigungen nicht neutral seien. Wie berichtet, schlagen die Planer des RP die Windvorrangflächen vor und bewerten die Einwendungen von Bürgern; die Entscheidung darüber, wo Anlagen errichtet werden können, trifft aber die Regionalversammlung. Gegenüber der HNA erklärte Lübcke, von

der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeit falsch zitiert worden zu sein. Er habe nie behauptet, dass zwei Prozent Einwendungen gegen die Windkraftflächen bedeuten, dass 98 Prozent der Menschen dafür seien. Dies sei Unsinn, so der RP. Zu seinem Schwiegervater müsse es heißen, dass dieser mit der Windkraft erstmal ohne eigener Hände Arbeit Geld verdient habe. Als „untauglichen Versuch, dem Ausbau der Windenergie in Nordhessen ein Geschmäcke anzukleben“, wertet die Bürger-Energiegenossenschaft Kassel & Söhre die Kritik der FDP-Landtagsfraktion an Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke.

Angesichts der Tatsache, dass Lübcke im Wolfhager Land selbst in Rotoren investiert hat, stellen die Liberalen dessen Neutralität bei der Genehmigung von Windkraftanlagen und der Bewertung von Bürger-Einwendungen zu den geplanten Windvorrangflächen infrage (die HNA berichtete). Man begrüße, wenn auch „Politiker und Prominente“ sich für das Ziel der Bürger-Energiegenossenschaft einsetzen, „die Region bis 2025 möglichst komplett mit nordhessischem Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen“, sagte deren Geschäftsführer Wolf-Diethard Breidenbach.

Bei der aktuellen Festlegung der Windvorrangflächen organisiere das von Lübcke geleitete Regierungspräsidium das Verfahren und sortiere die Argumente. Die endgültige Entscheidung über die Standorte treffe dagegen die Regionalversammlung.